

George W. Bushs Vermächtnis - eine Desaster

Der Wahlsieg von Barack Hussein Obama wurde weltweit einhellig begrüßt. Nicht nur die Mehrheit der US-Amerikaner waren überglücklich, sondern auch die internationale Staatengemeinschaft war zutiefst befriedigt über seinen Sieg, sieht man einmal von den üblichen Verdächtigen ab, denen die Fortsetzung der ideologischen Bush-Politik lieber gewesen wäre. Obama siegte nicht nur über John McCain, sondern auch über Bush. Seine Wahl war auch ein Plebiszit gegen dessen Politik. Bush hat nicht nur der amerikanischen Nation und den westlichen Werten wie Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit schwersten Schaden zugefügt, sondern auch „dem Westen“ und seinen geopolitischen Interessen insgesamt. Die westliche Glaubwürdigkeit ist auf lange Zeit diskreditiert. Wenn Obama sich nicht überzeugend von allen Politikbereichen seines Vorgängers absetzt, wird es ihm nicht gelingen, nicht nur den ruinierten Ruf der USA nicht wiederherzustellen, sondern er wird sein Land noch tiefer in dem Schlamassel führen, in dem es sich bereits befindet. Es war beeindruckend zu sehen, wie Millionen von Amerikanern am Wahlabend ihre Freude darüber zum Ausdruck gebracht haben, dass sie sich nicht mehr schämen müssen, Amerikaner zu sein.

Für die öffentliche und die überwiegende Mehrheit der veröffentlichten Meinung – mit Ausnahme der von den Neokonservativen beeinflussten Teile der Presse – stand das vernichtende Urteil über den 43. US-Präsidenten schon lange fest. Für die Schriftstellerin Irene Dische war Bush „ein grässlicher Präsident“. Auch Ivan Eland, Direktor des „Independent Institutes, meint: „George W. Bush has been a horrible president and is one of the worst in U.S. history.“ Er gehöre in die Ahnengalerie zusammen mit James Polk, William McKinley, Woodrow Wilson and Harry S. Truman. Bereits sechs Monate vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise haben in einer Umfrage der „History News Network“ 109 Geschichtswissenschaftler Bush als den schlechtesten Präsidenten in der Geschichte der USA eingestuft. Selbst ein sehr guter, wohlwollender Freund der USA, der Ex-Botschafter Saudi-Arabiens und Geheimdienstchef Prinz Turki al-Faisal, äußerte sich Anfang Januar in einer Rede wie folgt: „The Bush administration has left you [the U.S.] a disgusting legacy and a reckless position towards the massacres and bloodshed of innocents in Gaza.“ Dagegen nehmen sich Präsident Bushs Selbsteinschätzungen seiner Präsidentschaft in den letzten Tagen seiner Amtszeit gerade weltfremd und hilflos aus. Auch in seiner Abschiedsrede stand er zu seinem bescheidenen Weltbild: „Ich habe oft über Gut und Böse gesprochen, was vielen unangenehm war. Aber Gut und Böse gibt es in der Welt, und dazwischen gibt es keinen Kompromiss.“ Grautöne scheint es in dieser Entweder-Oder-Welt keine zu geben.

Der Terror von 9/11

An George W. Bush wird man sich immer im Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erinnern und dem darauf folgenden „war on terror“. Dieser „Antiterrorkrieg“ hat die US-amerikanische Außen- und Innenpolitik letztendlich auf einen Irrweg geführt. In Folge von 9/11 entstand in den USA - aber auch in Teilen Europas - eine einflussreiche islamophobe Bewegung. Mit dazu beigetragen hat Präsident Bushs undifferenziertes Gerede von einem „Kreuzzug“ gegen den Islam. Bush hat jede nur greifbare Bewegung in einen Topf geworfen und zu einem „Terror-Potpourri“ zusammengemührt, in dem sich Iran, Saddams Irak, Hamas, Hisbollah, Syrien, die Wahabiten Saudi-Arabiens, die Muslimbrüder, die Taliban, al-Qaida, verschiedene pakistanisch-islamistische Gruppierungen und andere Splittergruppen in Südostasien wiederfinden. Rhetorische und politische Unterstützung für diesen „Kreuzzug“ gegen den Islam gab es von Seiten der christlichen Rechten in den USA. Diese Bewegung, die mehr als 50 Millionen US-Amerikaner zählt, vertritt ähnlich rigide Moralvorstellungen, welche auch das Weltbild von Bush bestimmen. Wenn jemand meint, er kämpfe gegen eine „Achse des Bösen“, impliziert dies automatisch, dass er „das Gute“ verkörpere. Folglich mutierten „der Islam“ und „die Muslime“ zum Bösen schlechthin und waren einer Dämonisierung ausgesetzt.

9/11 bildete die Wasserscheide der Bush-Präsidentschaft und lieferte den Grund für den „war on terror“ gegen das Taliban-Regime und das Al-Quida-Terrornetzwerk in Afghanistan. Vom Ergebnis her betrachtet, war Bushs „war on terror“ jedoch ein Fehlschlag und hat „den Westen“ in eine Sackgasse geführt, aus der ihn Obama schnellstens herausführen muss. Bush ist es nicht nur nicht gelungen, die Drahtzieher der Terroranschläge vom 11. September 2001, Osama Bin Laden und Ayman al-Zawahiri, zu fassen, sondern sein Krieg gegen Afghanistan und den völkerrechtswidrigen Überfall auf den Irak haben die Islamisten weiter radikalisiert, ihnen großen Zulauf beschert und die Gründe für weitere Terrorattacken geliefert. Der bereits am 12. September 2001 beschlossene Überfall auf den Irak Saddam Husseins musste kurzfristig aufgeschoben werden, weil er zu diesem Zeitpunkt der internationalen Öffentlichkeit noch nicht vermittelbar war. Die öffentliche Meinung musste erst mit allen psychologischen Mitteln auf Krieg eingestimmt werden, was schließlich durch eine massive Manipulation der „Fakten“ auch gelang.

Das Imageproblem der USA

„The United States is undergoing a coup against the Constitution, the Bill of Rights, civil liberties, and democracy itself“, schreibt Paul Craig Roberts, Assistant Secretary of the Treasury in der Reagan Administration. Der „Patriot Act“ diene dazu als Blaupause. Er unterminiert die US-Verfassung und die Bürgerrechte, die sie garantieren soll. Die jahrelange Ausspionierung der amerikanischen Bürger durch die Geheimdienste wurde erst im Sommer 2008 auf eine „legale“ Grundlage gestellt. In den USA existiert eine „no-fly-list“, auf der sich weit über 80 000 Namen befinden. Keiner von diesen Betroffenen weiß, wie er darauf gekommen ist, aber das größere Problem besteht darin, wie man von dieser „Schwarzen Liste“ wieder gestrichen wird, weil es keine Möglichkeit der Appellation dagegen gibt.

Geradezu verheerend auf das Image der USA hat sich das Gefangenenlager in Guantanamo Bay auf Kuba, die Folterpraxis der Geheimdienste und die „irregulären Renditions“, d.h. die Verschleppung und Verbringung von Terrorverdächtigen in geheime Gefängnisse solcher Staaten (black ops), in denen Folter zum Standard gehört, erwiesen. Tief haben sich die obszönen Bilder von Misshandlungen, Folterungen und Erniedrigungen im Gefängnis Abu Ghraib ins öffentliche Bewusstsein eingepägt. Die Theologieprofessorin Susan Brooks Thistlethwaite vom Theologischen Seminar in Chicago schreibt dazu: „What the world saw was the face of the United States, not as the symbol of freedom and democracy, but as a nation turned rogue state like Argentina under its military junta, South Africa under Apartheid, or Germany in the Nazi era.“ Dass der Vergleich der USA mit Nazi-Deutschland absurd ist, sollte einer Theologieprofessorin eigentlich klar sein.

Die US-Presse hat in den Jahren nach 9/11 und bei der Vorbereitung der diversen Kriege ihre Wächterfunktion nur unzureichend wahrgenommen. Die manipulierten Berichte der Korrespondentin der New York Times, Judith Miller, bilden nur die Spitze des Eisberges. Sie hielt für ein Jahr Berichte über die Ausspionierung der US-Bürger durch die Bush-Regierung zurück, und verweigerte die Berichterstattung einer Rede des ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore, in der er diese illegalen Machenschaften kritisierte. Ganz anders dagegen die Journalistin Jane Meyers, die für „The New Yorker“ schreibt. Sie hat durch zähe Recherche herausgefunden, dass Folter von Beginn an nicht die Tat von „einigen faulen Äpfeln“ war, „but administration policy at the highest levels“.

Präsident Obama muss unmittelbar nach seiner Amtseinführung den moralischen Kompass der USA wieder an der „rule of law“ ausrichten, was bedeutet, dass Folter in demokratischen Verfassungsstaaten kategorisch verboten ist. Dazu hat der Britische Außenminister David Miliband in der Tageszeitung „The Guardian“ vom 15. Januar 2009 folgendes geschrieben: „We must respond to terrorism by championing the rule of law, not subordinating it, for it is the cornerstone of the democratic society. We must uphold our commitments to human rights and civil liberties at home and abroad. That is surely the lesson of

Guantánamo and it is why we welcome President-elect Obama's commitment to close it." Miliband tritt im selben Artikel auch für eine Aufgabe des Konzeptes des „war on terror“ ein.

Irak

Mit seiner manichäischen Weltsicht - „either you are with us, or you are with the terrorists“ - und seiner Cowboy-Politik hat Bush nicht nur viele Europäer vor den Kopf gestoßen, sondern fast die gesamte zivilisierte Welt. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfelds Rede vom „alten“ und „neuen“ Europa hat zur Spaltung der EU geführt – in „Willige“ und so genannte „Unwillige“. Die „Unwilligen“ machten auf dem diplomatischen Parkett jedoch eine ausgezeichnete Figur: Wer erinnert sich nicht an die große Rede des französischen Außenminister Dominique de Villepin vor dem UN-Sicherheitsrat, der sich von den von Colin Powells erfundenen mobilen Chemiewaffenlabors und anderen Potemkinschen Horrorszenerarien nicht beeindruckt ließ, und den USA eine rhetorische Abfuhr erteilte. Vor etwas kleinerer Bühne fand Bundesaußenminister Joschka Fischers Auftritt vor der Münchner Sicherheitskonferenz statt, auf der er dem US-Verteidigungsminister entgegenhielt: „Excuse me, Mr. Rumsfeld, I am not convinced!“ Rumsfeld warb auf dieser Konferenz massiv für eine Beteiligung der Europäer am Irakkrieg.

Über die manipulierten Gründe für den Eintritt in den Irakkrieg ist viel geschrieben worden. Weder wurden Saddams Massenvernichtungswaffen gefunden, noch hatte der Diktator Kontakte zum Terrornetzwerk al-Qaida. Primär ging es den USA bei diesem Krieg um die Kontrolle des Irak und damit die Dominanz der Nah- und Mittel-Ost-Region sowie um die Kontrolle der Ölfelder. Das avisierte Stützpunktabkommen soll den Irak auf Jahre hinaus zum Aufmarschgebiet gegenüber anderen „Schurkenstaaten“ wie Iran und Syrien machen. In diesem Abkommen ist zwar der „Abzug“ der US-Truppen bis 2011 festgeschrieben, aber der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Eine weitere Besetzung liegt definitiv nicht im Interesse des irakischen Volkes, sondern nur im US-amerikanischen.

Die Irakpolitik der Bush-Administration ist ein Fehlschlag auf der ganzen Linie. Der so genannte „Surge“ war nur „erfolgreich“, um Bush und seinen Vize Dick Cheney in den letzten Monaten politisch noch gut aussehen zu lassen. Das Land zählt zu den gefährlichsten Plätzen der Welt. Tatsächlich geht der Terror im Irak weiter. Täglich gibt es Anschläge, und die Regierung hat keinerlei Autorität und Kontrolle über das Land. Sie ist nur die Regierung der „Grünen Zone“, einem hermetisch abgeriegelten und verbarrikadierten Areal, in dem sich die Amerikaner, alle Diplomaten und die irakische Regierung verschanzt haben. Jenseits dieser Barriere herrscht das Gesetz des Dschungels.

Die Bilanz dieses über 5-jährigen Krieges ist deprimierend. Bis heute sind 4 226 US-Soldaten gefallen. Über 30 000 erlitten schwerste Verwundungen und Verkrüppelungen. Große Teile der US-Armee sind traumatisiert. Die Selbstmordrate ist hoch. Die innergesellschaftlichen Folgen sind unabsehbar. 317 Soldaten anderer Länder verloren ihr Leben, ebenso 445 zivile Auftragnehmer. Neben der totalen Zerstörung des Irak sind durch diesen Krieg zirka 1,3 Millionen Irakis ums Leben gekommen. Es gibt über vier Millionen Flüchtlinge, davon sind 1,2 Millionen nach Syrien und über 800 000 nach Jordanien geflohen. Mehr als 2 Millionen befinden sich innerhalb Iraks auf der Flucht. Das Land wurde von seinen Besatzern auf das Niveau eines Dritt-Welt-Landes „herunter entwickelt“. Bushs „war on terror“ hat dem Irak erst den Terror gebracht, den er vorgab, in der Person Saddam Husseins bekämpfen zu wollen.

Afghanistan

Ähnlich desaströs ist die Lage in Afghanistan, wo die USA mit ihren NATO-Verbündeten Krieg gegen die Taliban führen. Die ursprünglichen Ziele des „war on terror“ waren die Zerstörung der Lager des Terrornetzwerkes von al-Qaida und der Sturz des Taliban-Regimes, weil dieses nicht bereit war, bin Laden und al-Zawahiri an die USA auszuliefern. Dieses Ziel war innerhalb weniger Wochen erreicht.

Was hätte näher gelegen als „mission accomplished“ zu verkünden. Stattdessen installierte man ein Marionetten-Regime, dessen politische Autorität sich vielleicht gerade einmal auf die Hauptstadt Kabul erstreckt. Von Stabilität ist das Land auch nach sieben Jahren Antiterrorkrieg meilenweit entfernt, aber noch will kein Politiker es sich eingestehen, dass dieser Krieg am Hindukusch nicht zu gewinnen oder vielleicht schon verloren ist. Dass dort „die Freiheit Deutschlands“ verteidigt und ein „Krieg gegen den Terror“ geführt werde, ist von kritischen Analysten in Frage gestellt worden. Geht es doch auch dort um geostrategische Vorteile des Westens gegenüber Russland und China. Beide Länder sehen die Expansion der NATO als eine Gefährdung ihrer nationalen Sicherheit an. Die USA verloren bisher 637 Soldaten in Afghanistan, die Toten anderer Länder belaufen sich auf 417. Milliarden von Hilfsgeldern versickern in finsternen Kanälen, und unter der Regierung von Hamid Karzai blühen Korruption, Vetternwirtschaft und der Opium-Handel.

Der Grund für das Ausbleiben des Sieges im „war on terror“ soll jetzt in Pakistan liegen, wie einige neokonservative Experten behaupten. Kürzlich hat der US-Oberbefehlshaber für die gesamte Region, General David Paetres, behauptet, beide Länder müssten als ein zusammenhängendes Problem betrachtet werden. Dies kann nichts anderes bedeuten, als dass der „war on terror“ auch nach Pakistan getragen werden muss. In den letzten Monaten ist die Souveränität des Landes bereits durch Übergriffe amerikanischer Truppen permanent verletzt und der Krieg nach Pakistan getragen worden. Regelmäßig werden die Stammesgebiete in Warizistan bombardiert, weil man dort Al-Qaida-Terroristen und Taliban-Kämpfer vermutet. Bei diesen Angriffen kommen in der Mehrzahl Zivilisten – Alte, Frauen und Kinder – ums Leben. Dort scheinen sich auch Osama Bin Laden und Ayman al-Zawahiri zu verstecken. Die pakistanische Regierung protestiert zwar regelmäßig gegen diese Angriffe, aber insgeheim scheint sie damit einverstanden zu sein, wie einige Experten vermuten. Die pakistanische Armee selbst will nicht gegen die eigene Bevölkerung in diesen Gebieten kämpfen, weil sie dort keinerlei staatliche Autorität besitzt. Mit den Angriffen auf Pakistan tragen die USA jedoch zur Destabilisierung des pakistanischen Regimes bei, dessen neuer Präsident Asif Ali Zardari ein problematischer Politiker ist. Er wird auch „Mister-Zehn-Prozent“ genannt; seine Art der Bereicherung ist legendär. Also keine optimalen Voraussetzungen für den Westen, der doch angetreten war, diese Region zu demokratisieren und für „good governance“ zu sorgen.

Israel und Palästina

Auch in seiner Nahostpolitik steht George W. Bush vor einem Scherbenhaufen. Zu Beginn seiner Präsidentschaft zeigte Bush wenig Interesse an der Region. Er wollte sich bewusst vom Übereifer seines Vorgängers Clinton abheben, der trotz intensivster Bemühungen im Juli 2000 in Camp David gescheitert war. Auch hier waren es wieder die Ereignisse von 9/11, die zu einer intensiven Hinwendung an Israel führten. Der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon wurde zu einem engen Verbündeten im „war on terror“. Bush gab Sharon freie Hand, gegen Yassir Arafats Autonomiebehörde vorzugehen. Dem PLO-Chef wurde unterstellt, er sei der Drahtzieher hinter der am 28. September 2000 ausgebrochenen Al-Aqsa-Intifada.

Im Zuge der Terroranschläge palästinensischer Extremisten und dem brutalen Vorgehen der israelischen Armee in den besetzten Gebieten eskalierte im März 2002 der Nahostkonflikt erneut. Bush macht Arafat dafür verantwortlich. Im Juni 2002 meldete er sich mit einem eigenen Nahostplan zu Wort. Er setzte sich für die Gründung eines provisorischen Palästinenserstaates ein, machte diesen aber abhängig von einem Wechsel an der Spitze der Palästinenser sowie vom Aufbau demokratischer Institutionen. Erst im Umfeld des Irakkrieges verstärkten die USA wieder ihr Engagement im Nahen Osten und präsentierten im Juni 2003 die so genannte „Road Map“, einen Friedensplan, hinter dem die USA, Russland, die EU und die UNO stehen. Bis heute wurde kein Jota dieses Planes umgesetzt. Die einseitige Unterstützung Israels durch die Bush-Administration wurde immer offensichtlicher. Von einem „ehrliehen Makler“ konnte keine Rede sein.

Im April 2004 vollzog Bush bei einem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon im Weißen Haus erneut eine Kehrtwende. Er unterstützte den von Israel erhobenen Anspruch auf Teile des Westjordanlands, indem er sagte, dass es unrealistisch sei, zu erwarten, dass sich Israel aus allen besetzten Gebieten zurückziehen werde. Damit hat er nicht nur die völkerrechtliche Illegalität der Siedlungen, sondern auch die völkerrechtswidrige Einverleibung palästinensischen Landes anerkannt.

Am 27. November 2007 fand in Annapolis/Maryland ein pompöser Fototermin statt, der auch als „Friedenskonferenz“ in die Annalen der Geschichte eingehen dürfte. Bush selbst wollte dieses Treffen nicht, zu dem 49 Staats- und Regierungschefs angereist waren. Die Idee stammte von Außenministerin Condoleezza Rice, wollte sie doch damit dem Druck Ägyptens, Jordaniens und Saudi-Arabiens nach „Ergebnissen“ im Israel-Palästina-Konflikt nachkommen. Dieser Fototermin ist nur deshalb zustande gekommen, weil die USA ihre arabischen Verbündeten für ihre Konfrontation gegenüber Iran und der Hamas benötigten. Eigentlich sind weder die USA noch Israel an einer Lösung dieses Konfliktes interessiert, sondern nur dessen Management. Der Erfolg dieses Treffens lag darin, dass alle 49 Gäste angereist kamen.

Kein seriöser Beobachter hat irgendeinen Fortschritt von dieser Konferenz erwartet. Ehud Olmert war zu schwach, um Zugeständnisse zu machen. Er musste sich gegen mehrere Korruptionsvorwürfe zur Wehr setzen. Die Arbeitspartei von Ehud Barak und die National-Religiösen wollen keine Kompromisse machen. Das rechte Lager lehnt Verhandlungen und Zugeständnisse gegenüber den Palästinensern grundsätzlich ab. Und die Bush-Regierung unterstützt Israels Besatzungspolitik vorbehaltlos. Seit diesem Treffen haben Olmert und Abbas erfolglos „Friedensverhandlungen“ geführt, ohne auch nur ein vorzeigbares Ergebnis präsentieren zu können.

Auch die Palästinenser sprechen nicht mit einer Stimme. Die durch demokratische Wahlen legitimierte Hamas-Regierung wurde von Präsident Mahmud Abbas kurzerhand für abgesetzt erklärt, nachdem auch eine Regierung der „nationalen Einheit, die auf Vermittlung Saudi-Arabiens kurzzeitig regiert hatte, und durch eine den USA und Israel genehme Technokraten-Regierung ersetzt. Nachdem die Hamas die Macht im Gaza-Streifen im Juni übernommen hatte, gibt es nun mehrere Verhandlungspartner, einen „geächteten“ und einen „umworbene(n)“. Das totale Scheitern von Annapolis war nicht nur vorprogrammiert, sondern ist realiter auch eingetreten.

Zu dem am 27. Dezember 2008 ausgebrochenen Krieg zwischen Israel und der Hamas im Gaza-Streifen und die damit einhergehenden Tötungen und massiven Zerstörungen schweigen die USA. Im UN-Sicherheitsrat enthielten sie sich als einziger Staat der Stimme. (Wenn Meldungen zutreffen, dass Ehud Olmert die Stimmenthaltung der USA durch einen Anruf von Bush verlangt haben soll - er wurde deswegen aus einer Rede in Philadelphia herausgerufen -, und dieser seiner Außenministerin Rice eine solche aufgetragen hatte, wäre dies für die US-Diplomatie beschämend.) Da der Vorgang so unglaublich ist, hier das Originalzitat aus der Rede Olmerts in Ashkelon:

"In the night between Thursday and Friday, when the secretary of state wanted to lead the vote on a cease-fire at the Security Council, we did not want her to vote in favor.

"I said, 'Get me President Bush on the phone.' They said he was in the middle of giving a speech in Philadelphia. I said I didn't care. 'I need to talk to him now.' He got off the podium and spoke to me."

According to Olmert, Bush was clueless.

"He said: 'Listen. I don't know about it. I didn't see it. I'm not familiar with the phrasing.'

"I told him the United States could not vote in favor. It cannot vote in favor of such a resolution. He immediately called the secretary of state and told her not to vote in favor." Vgl. dazu den Kommentar von Patrick J. Buchanan: <http://www.antiwar.com/pat/?articleid=14091>

Auch die einseitige Schuldzuweisung der USA an Hamas geht an der Wirklichkeit vorbei. Der Waffenstillstand wurde am 4. November von Israel gebrochen, als dessen Armee in den Gaza-Streifen einfiel und sechs Hamas-Mitglieder erschoss und den Strip einer totalen Blockade unterworfen hat. Selbst israelische Quellen bestätigen, dass sich bis zu diesem Zeitpunkt, die Hamas den Waffenstillstand eingehalten hatte. Erst nach dieser Aktion nahm Hamas den Beschuss der Stadt Sderot und anderer Orte wieder auf. Der Einsatz der gesamten Militärmaschinerie Israels wird von der UNO und vielen Regierungen als unverhältnismäßig kritisiert. Er hat bisher zu mehr als 1.100 Toten und über 5.000 Verletzten geführt. Mehrere Menschenrechtsorganisationen in Israel verlangen eine internationale Untersuchung wegen der Bombardierung von Zivilisten. Professor Yafa Zilbershatz von der Bar Ilan University sagte in einem Interview mit Israels Channel 7, dass im Angesicht der rechtlichen Lage in Europa, Israels Aktionen in Gaza könnten dort als „Kriegsverbrechen“ angesehen werden, sodass selbst „einfache Soldaten“ für solche Kriegsverbrechen angeklagt werden könnten. Um diesem Dilemma zu entgehen, schlägt Zilbershatz vor, dass Israel Druck auf die europäischen Staaten ausüben solle, ihre Gesetze zu ändern!

George W. Bush wird am 20. Januar 2009 aus dem Amt scheidet und seinem Land nicht nur innenpolitisch, sondern auch in Bezug auf seine Mittel- und Nahostpolitik einen Trümmerhaufen hinterlassen. Ob sich Barak Obama aus den Verpflichtungen und politischen „Fesseln“ seines Vorgängers und des politischen Systems befreien kann, muss abgewartet werden. Eine substantiell neue Nahostpolitik ist von Obama nicht zu erwarten, trifft man doch permanent auf „alte Bekannte“, die schon in der Clinton-Administration politische Verantwortung getragen haben. Was sich ändern wird, ist der Stil und die Rhetorik. Große Enttäuschung löste Obamas Sprachlosigkeit über Israels Krieg gegen die Hamas und die Leiden der Bevölkerung des Gaza-Streifens aus. Es ist anzunehmen, dass die USA weiterhin mit Israel politisch durch Dick und Dünn gehen werden, wie dies am aktuellen Verhalten der USA zutage getreten ist. Auf die legitimen Rechte der Palästinenser und der arabischen Welt scheint auch in Zukunft wenig Rücksicht genommen zu werden, wenn es den US-Interessen nicht dient. Wenn es Obama nicht gelingt, die ideologischen Vorurteile der Bush-Regierung zu entsorgen, wird er nur eine Bush-light-Variante des politischen Wandels präsidieren. Wer die ausgezeichnete Dokumentation „Amerikas Kriege“ auf Spiegel-TV gesehen und die Kommentare der Professoren Bernd Greiner und Claus Leggewie sowie der Journalisten Eric Frey und Claus Kleber gehört hat, kann ermessen, in welches Desaster der 43. Präsident der USA diese große Nation geführt hat. Um den Schaden kurzfristig einzudämmen, sollte Präsident Obama die unmittelbare Schließung des Gefangenenlagers auf Kuba und die Beendigung des „war on terror“ verkünden. Dies wären positive Zeichen und könnten einen Teil der verlorengegangenen Glaubwürdigkeit der USA wiederherstellen.

Ludwig Watzal